



Anfrage Hauser Patrick und Mit. über Covid-19 und die Abfederung von wirtschaftlichen Kollateralschäden durch den Kanton Luzern

eröffnet am 18. Mai 2020

In den letzten Wochen hat sich das Coronavirus (Covid-19) aus Asien bis in die Schweiz und auch in den Kanton Luzern ausgebreitet. Bund und Kantone haben Massnahmen gemäss der Pandemie-Planung umgesetzt. Verschiedene Faktoren wie Verbot von Grossveranstaltungen, Bewilligungspflicht für Veranstaltungen unter 1000 Personen, Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) usw. haben zu teils massiven Kollateralschäden in verschiedensten Wirtschaftsbereichen geführt. Ein Ende der negativen Entwicklung ist momentan noch nicht abzusehen. Ob von Bund und von den Kantonen noch weiter gehende Massnahmen ergriffen werden, bleibt abzuwarten.

Diese rasche und äusserst dramatische Entwicklung, welche die, vor wenigen Tagen veröffentlichten, erfolgreichen Zahlen des Kantons Luzern zu Neuansiedlungen von Firmen und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Zeitraum 2013 bis 2017 stark zu gefährden droht, gilt es nun mit geeigneten Massnahmen zu bremsen. Viele Arbeitsplätze und KMU sind durch diese Situation akut gefährdet.

Dazu stelle ich der Regierung folgende Fragen:

1. Kann die Regierung schon eine Aussage zum möglichen Ausmass des wirtschaftlichen Kollateralschadens durch Covid-19 im Kanton Luzern machen?
2. Kann die Regierung schon eine Aussage zu den betroffenen Branchen im Kanton Luzern machen?
3. Ist die Regierung im Austausch mit den hauptsächlich betroffenen Branchen?
4. Ist die Regierung in dieser Sache im Austausch mit dem Bund?
5. Plant die Regierung, ähnlich wie der Kanton Basel-Stadt am 11. März 2020 kommuniziert hat, ergänzende Massnahmen zu den Massnahmen durch den Bund, zur Sicherung der Liquidität von Unternehmen und zum Erhalt von Arbeitsplätzen?
6. Wo genau sieht die Regierung, ergänzend zum Bund, Möglichkeiten zur Unterstützung des Erhalts von Arbeitsplätzen (kurz-, mittel- und langfristig)?
7. Sieht die Regierung Möglichkeiten, um sich beim Bund einzusetzen, damit der Bund zeitnah alle heute möglichen Instrumente zu Gunsten der Wirtschaft (und somit der Arbeitsplätze) einsetzt oder zusätzliche einführt?

Hauser Patrick

Amrein Ruedi

Betschen Stephan

Wermelinger Sabine

Schurtenberger Helen

Bucher Philipp

Marti André

Bärtschi Andreas

Scherer Heidi

Keller Irene

Zemp Gaudenz

Räber Franz
Amrein Othmar
Meier Thomas
Dubach Georg
Schmid-Ambauen Rosy
Wolanin Jim